

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Marco Witthohn
Zimmer.: 235
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: marco.witthohn@wesermarsch.de

Brake, den 23.02.2026

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		KE Klima/18/2026
Ausschuss für Kreisentwicklung, Klimaschutz, Inklusion		
Am	Sitzungsdauer	Ort
Dienstag, 10.02.2026	16:30 bis 18:05 Uhr	Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Ina Korter	Kreistagsmitglied (Vorsitz)
Heinz Doormann	Kreistagsmitglied in Vertr. d. Abg. Held
Hans Francksen	Kreistagsmitglied
Dieter Kohlmann	Kreistagsmitglied
Olaf Michalowski	Kreistagsmitglied
Volker Osterloh	Kreistagsmitglied bis 17.38 Uhr (während TOP 10)
Christina-Johanne Schröder	Kreistagsmitglied in Vertr. d. Abg. Suhr-Krippner
Erika Weubel	Kreistagsmitglied
Manfred Wolf	Kreistagsmitglied

Beratende Mitglieder

Albert Mumme	Kreisbehindertenbeirat
--------------	------------------------

von der Verwaltung

Stephan Siefken	Landrat
Judith Bremer	FD 68 - Umwelt
Maren Groeneveld	FD 91 - Büro des Landrats
Sindy Nestler	Dezernat 3
Nicole Rennies-Hein	FD 91 Büro des Landrats - Protokollführung
Marco Witthohn	FDL 91 - Büro des Landrats

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Christoph Hartz	Kreistagsmitglied
Kerstin Held	Kreistagsmitglied
Ursula Schinski	Kreistagsmitglied
Mareike Suhr-Krippner	Kreistagsmitglied

Beratende Mitglieder (Grundmandat)

Ramona Bartz	Kreistagsmitglied
--------------	-------------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- 5 Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
- 6 Projekt "Regionale Strategische Energieplanung" (ReStEP); Sachstandsbericht
Vorlage: 2025/FD91/500
- 7 Arbeitsgruppe Inklusion
Antrag der SPD-Fraktion auf Neuausrichtung
Vorlage: 2025/Dez.3/016/1
- 8 Beschluss des Kreisentwicklungskonzepts 2035 des Landkreises Wesermarsch
Vorlage: 2026/FD91/506
- 9 Änderung der "Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuschüssen bei der Gebäudeausstattung mit Anlagen zur Nutzung von Regenwasser sowie die

Anschaffung und Installation von Regenwasserzisternen für die Gartenbewässerung
im Landkreis Wesermarsch"
Vorlage: 2026/FD68/234

- 10 Bericht des Klimaschutzmanagements
Vorlage: 2026/FD68/231
- 11 Berichte aus den Arbeitsgruppen Kreisentwicklung, Klimaschutz und Inklusion
Vorlage: 2026/FD91/505
- 12 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung
---	-----------------------

Die Ausschussvorsitzende Frau Korter eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
---	--

Die Ausschussvorsitzende stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

3	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass der TOP 6 ReSteP, aufgrund einer kurzfristigen Absage des Referenten, entfallen wird. Die Tagesordnung wird in geänderter Fassung ohne TOP 6 einstimmig festgestellt.

4	Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
---	---

Das Protokoll über die Sitzung vom 20.11.2025 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

5	Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
---	--

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Fragestellungen vor.

6	Projekt "Regionale Strategische Energieplanung" (ReStEP); Sachstandsbericht Vorlage: 2025/FD91/500
---	---

entfällt

7	Arbeitsgruppe Inklusion Antrag der SPD-Fraktion auf Neuausrichtung Vorlage: 2025/Dez.3/016/1
---	--

Frau Korter führt kurz in die Thematik ein. Der im November 2025 von der SPD-Fraktion gestellte Antrag wurde seinerzeit vertagt. Zwischenzeitlich hat sich die AG Inklusion mit dem Antrag befasst,

ein entsprechender Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Antrag der SPD wird von der Vorsitzenden verlesen.

Herr Michalowski meldet sich zu Wort und teilt mit, dass seine Fraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft nach dem Tod von Frau Frost nicht mehr mit einem Sitz in der AG vertreten ist. Seinerzeit stand aufgrund des Unglücksfalles ad hoc keine Nachfolge zur Verfügung, so dass der Sitz einvernehmlich mit der UW-Fraktion übergangsweise Herrn Handelshäuser vom Kreisbehindertenbeirat zur Verfügung gestellt worden ist. Frau Nestler bestätigt, dass die Regelung selbstverständlich temporär getroffen wurde und die UW-Fraktion jederzeit den Sitz von Frau Frost mit einem eigenen Vorschlag wieder nachbesetzen könne.

Herr Francksen spricht sich für die Evaluierung wie im Antrag unter Ziffer 1 benannt noch in der laufenden Wahlperiode mit dem bestehenden Kreistag aus.

Frau Schröder führt aus, dass Arbeitskreise formal den Ausschüssen zuarbeiten. Zum Antrag der SPD gab es in der AG Inklusion konstruktive Gespräche. Aus Sicht der Arbeitsgruppe ist es sinnvoll, das Querschnittsthema Inklusion auch an einem Querschnittsausschuss anzudocken.

Frau Nestler erklärt, dass die AG Inklusion eine Evaluierung nicht als notwendig angesehen hat, da eine regelmäßige Berichterstattung aus der AG-Arbeit durch sie im Ausschuss erfolgt, beispielsweise zur Inklusionswoche.

Bezugnehmend auf das Thema Teilnahme der Kompetenzträger ist es so, dass diese zwar projektbezogen, zum Beispiel bei der Planung des Protesttags 2026, mitwirken, jedoch nicht als allgemeine dauerhafte Vertretungen seitens der AG-Teilnehmenden gesehen werden.

Herr Wolf unterstützt die Idee der Evaluierung, damit erreichte Ergebnisse und eingesetzte Mittel der AG nach fünf Jahren Inklusionsarbeit sichtbar werden.

Herr Siefken ergänzt, dass das Thema Inklusion keines ist, welches man abschließt. Umsetzungsergebnisse wie die Inklusionswoche sind bereits sichtbar, es ist eine dauerhafte Aufgabe.

Herr Mumme macht deutlich, dass es sich um einen umfangreichen Querschnittsbereich handelt, an dem Prozess muss ständig gearbeitet werden. Es gibt immer neue Ziele, eine Anpassung muss stetig erfolgen.

Herr Francksen beantragt eine Änderung des Beschlussvorschlages der Verwaltung zu Ziffer 1 dahingehend, dass eine Evaluierung der AG-Arbeit vorzunehmen ist. Die Ziffern 2 und 3 sind aus seiner Sicht in Ordnung.

Nach weiterer eingehender Diskussion wird dem Kreisausschuss mit fünf Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu Ziffer 1 sowie mit acht Ja-Stimmen und einer Enthaltung zu Ziffer 2 und 3 wie folgt vorgeschlagen:

1. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, eine Evaluierung von Ergebnissen durch die Besetzung der Arbeitsgruppe und den Bericht der Arbeitsgruppenarbeit im Ausschuss Kreisentwicklung, Klima, Inklusion als entbehrlich zu werten, wird abgelehnt. Eine Evaluierung der Ergebnisse der AG Inklusion wird umgesetzt.

2. Eine feste Aufnahme von Kompetenzträgern aus den operativen Ebenen der Sozial- und Inklusionsarbeit in die Arbeitsgruppe Inklusion erfolgt nicht. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe laden diese nach zu bearbeitenden Themenschwerpunkten ein.

3. Eine eventuelle Neuordnung des Themenbereiches Inklusion zu einem anderen Ausschuss erfolgt nach der zukünftigen Ausrichtung des Kreistages und seiner Gremien ab der Wahlperiode 2026-2031. Die Zuordnung obliegt der politischen Entscheidungsfindung.

8	Beschluss des Kreisentwicklungskonzepts 2035 des Landkreises Wesermarsch Vorlage: 2026/FD91/506
---	--

Frau Groeneveld aus dem Fachdienst 91 – Büro des Landrats, zuständig für die Kreisentwicklung, berichtet anhand einer Präsentation (sh. Anlage).

Das Kreisentwicklungskonzept 2035 des Landkreises Wesermarsch ist kompakt, zweiteilig aufgebaut und umsetzungsorientiert. Im Fokus steht die Wirtschaft. Die Entscheidung für den Aufbau mit zwei Handlungsfeldern sowie abgeleitete Handlungsempfehlungen inkl. Monitoring werden erläutert. Der Zeitplan bis zur möglichen Beschlussfassung wird entsprechend dargestellt. So folgen der Bestandsanalyse des Kapitels 2 mit dem Ist-Zustand des Landkreises Wesermarsch die strategische Ausrichtung sowie eine Zusammenfassung und Ausblick. Die Kapitel 5 und 6, Handlungsempfehlungen und Monitoring, sind als eigenständiger weiterzuentwickelnder Bereich anzusehen.

Frau Korter bedankt sich beim Team der Kreisentwicklung für die geleistete Arbeit.

Der Änderungsantrag der Gruppe vom 09.02.2026 zum TOP 8 des Kreisentwicklungskonzeptes (Seite 19, Zeile 11) wird von der Ausschussvorsitzenden verlesen. Frau Schröder betont noch einmal die landesbedeutsame Buslinie 400, „Strandläufer“. Weiterhin weist sie darauf hin, dass aus Sicht der Partei Bündnis 90 / Die Grünen der Ausbau der Küstenautobahn A 20 kein sinnvolles Ziel ist, dieser ist sowohl kostenintensiv als auch über klimarelevante Moorflächen verlaufend. Diese Einzelmaßnahme soll die Zustimmung am Kreisentwicklungskonzept in Gänze jedoch nicht verhindern.

Herr Wolf weist darauf hin, dass bei Aufnahme in die Bestandsanalyse auch ein Satz zur Zielsetzung der Linie mit aufgenommen werden sollte. Herr Siefken erwidert, dass die Linie 400 aktuell noch kofinanziert wird, teilweise auch über den Gästebbeitrag der Gemeinde Butjadingen. Neue Ziele sind in der Regel kostenintensiv und werfen die Frage der Finanzierung auf.

Die Vorsitzende teilt mit, aus Ihrer Sicht ist ein Hinweis zur Linie in der Bestandsanalyse ausreichend. Für den Fuhrpark der Verkehrsbetriebe Wesermarsch kann sie sich eine Handlungsempfehlung wie Umstieg auf Elektrobusse vorstellen.

Herr Wolf ergänzt, das Kreisentwicklungskonzept kann wie ein Klimaschutzkonzept auch als Unterstützung für die Einwerbung von Fördermitteln verwendet werden, daher macht die Darstellung einer Zielsetzung Sinn.

Herr Michalowski führt aus, dass viele Akteure das Kreisentwicklungskonzept lesen werden. Elektromobilität wird eine große Rolle spielen, er begrüßt den Vorschlag des Abg. Wolf.

Die Vorsitzende lässt nacheinander über den Antrag der Gruppe zum „Strandläufer“ und über den ergänzenden Antrag von Herrn Wolf abstimmen. Der Ausschuss für Kreisentwicklung, Klimaschutz, Inklusion stimmt beiden Anträgen einstimmig zu.

Der Ausschuss für Kreisentwicklung, Klimaschutz, Inklusion empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Kreisentwicklungskonzept 2035 des Landkreises Wesermarsch wird beschlossen.

9	Änderung der "Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuschüssen bei der Gebäudeausstattung mit Anlagen zur Nutzung von Regenwasser sowie die Anschaffung und Installation von Regenwasserzisternen für die Gartenbewässerung im Landkreis Wesermarsch" Vorlage: 2026/FD68/234
----------	--

Frau Bremer berichtet anhand einer Präsentation (sh. Anlage).

Es wird ausgeführt, dass im Bereich der Förderrichtlinie – Schwerpunkt B (Regenwasserzisternen) zu wenig Förderanträge gestellt wurden. Die Richtlinie soll daher attraktiver gestaltet werden. Dazu beitragen kann eine höhere Förderung als bisher, eine Förderfähigkeit auch oberirdischer Anlagen und eine reduzierte Mindestgröße der Zisternen von 1,6 m³. Zudem soll die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut und angeboten werden, Online-Anträge für die Förderung zu stellen.

Herr Wolf spricht sich für eine Änderung der Höchstförderung aus. Für erdverbaute Zisternen soll die maximale Förderung unter Beibehaltung des Fördersatzes 30% von 1.000 Euro auf 1.500 Euro erhöht werden.

Frau Schröder beantragt Vertagung der Beschlussfassung im Kreisausschuss. Sie möchte die Kriterien noch einmal in der Fraktion bewertet wissen. Je größer eine Zisterne ist, desto geringer sind die Kosten im Verhältnis zur Größe.

Herr Wolf verweist auf die Standardgrößen zwischen 1,6 m³ und 1,8 m³, in Bezug auf erdverbaute Anlagen können jedoch je nach Grundstückszuschnitt, Baggeraushub und anderer Faktoren hohe Gesamtkosten anfallen, so dass er eine entsprechende Fördererhöhung wie beantragt für richtig hält.

Frau Bremer führt aus, dass verschiedene Kostenberechnungen für bereits geförderte Zisternen vorliegen. Diese variieren durchaus stark, es gab einen Fall mit 8.600 EUR Kosten. Herr Osterloh hält aufgrund der teils hohen Kosten eine Maximalförderung in Höhe von 1.500 EUR für zweckdienlich. Um diese bei festgeschriebenen 30% Förderung zu erreichen, sind immerhin auch 5.000 EUR zu investieren.

Der Ausschuss für Kreisentwicklung, Klimaschutz, Inklusion gibt einstimmig den Antrag auf Beschlussvertagung statt.

10	Bericht des Klimaschutzmanagements Vorlage: 2026/FD68/231
-----------	--

Frau Bremer berichtet anhand einer Präsentation (sh. Anlage).

Sie geht auf die vielen unterschiedlichen Themen des Klimaschutzmanagements ein, beispielsweise auf Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungs- sowie Ladesäuleninfrastrukturkonzept, Veranstaltungsformate mit den Kommunen und zum Thema insektenfreundliche Gärten, Bienengarten am Kreishaus, Stadtradeln und Solarkataster. Die noch zu erstellende Kurzfassung des Klimaschutzkonzeptes wie auch das interne Klimaschutzkonzept für die Verwaltung sollen Ende des zweiten Quartals 2026 fertiggestellt sein.

Die Vorsitzende dankt für die Ausführungen und stellt den Vortrag zur Diskussion.

Frau Schröder geht auf das Verbot der Schottergärten in Niedersachsen ein. Vor diesem Hintergrund hält sie Förderungen für die Umwandlung in insektenfreundliche Gärten für rechtlich kritisch.

Herr Wolf erklärt, dass in der Wahlperiode lange über das Thema Schottergärten debattiert wurde. Im Ergebnis hat sich der Landkreis Wesermarsch für Aufklärung statt Verbote entscheiden, ein

entsprechender Kreistagsbeschluss liegt vor. Herr Kohlmann hält den aktuellen Ansatz für richtig. Man möchte die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und die Öffentlichkeitsarbeit stärken.

Herr Wolf gibt den Hinweis, die Erfolge des Klimaschutzmanagements einmal zusammen zu stellen und die Öffentlichkeit über Social Media hierüber zu informieren.

Zum Thema Stadtradeln wird auf Nachfrage ausgeführt, dass sich die Veranstaltung für 2026 derzeit noch in Planung befindet. Der Termin kann demnächst bekannt gegeben werden.

Die Frage von Herrn Michalowski nach Mitwirkung der Kreispolitik bei Erstellung des Ladesäuleninfrastrukturkonzeptes wird verneint. Das Konzept entstand jedoch unter Beteiligung aller kreisangehörigen Kommunen, das Verfahren wurde im letzten Fachausschuss erläutert und das Konzept anschließend im Kreistagsinformationssystem öffentlich hinterlegt.

Herr Mumme erkundigt sich, ob auch barrierefreie Ladesäulen im Konzept berücksichtigt wurden, insbesondere im Hinblick auf ausreichenden Platz für Rollstühle und die barrierefreie Nutzung. Herr Siefken führt aus, bei der Konzepterstellung standen Anzahl der Ladesäulen und die Verteilung im Kreisgebiet im Vordergrund, nicht jedoch die konkrete Standortplanung. Frau Bremer sagt weitere Informationen hierzu per Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz:

Das Ladeinfrastrukturkonzept hat zunächst die kreisweiten Bedarfe an Ladeinfrastrukturausbau bis 2030 erhoben sowie potenziell geeignete Standorte erarbeitet.

Die konkrete Ausgestaltung der Ladesäulen und damit auch die Barrierefreiheit sind im Konzept nicht erwähnt.

Die barrierefreie Gestaltung von Ladesäulen ist insbesondere beim nächsten Schritt, der Umsetzung des Konzepts durch den Ausbau, wichtig. Die Anmerkung des Kreisbehindertenbeirats wird daher gerne an die Kommunen im Hinblick auf die Umsetzung weitergegeben.

Eine Nachfrage beim Ansprechpartner der NLStBV ergab, dass bei der konkreten Ausschreibung von Ladeinfrastruktur etwa durch die Breite von Parkplätzen oder die genaue Gestaltung die Barrierefreiheit von Ladesäulen verbessert werden kann. Dazu kann die im November 2024 veröffentlichte Norm DIN 91504 „Barrierefreie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge“ zu Rate gezogen werden. Auch ein Leitfaden der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur „Einfach laden ohne Hindernisse“ bietet umfassende praktische Hinweise. Mehr dazu hier <https://www.now-gmbh.de/aktuelles/pressemitteilungen/mehr-barrierefreiheit-bei-ladeinfrastruktur/>.

Der Bericht des Klimaschutzmanagements wird zur Kenntnis genommen.

11	Berichte aus den Arbeitsgruppen Kreisentwicklung, Klimaschutz und Inklusion Vorlage: 2026/FD91/505
----	---

Herr Witthohn berichtet anhand einer Präsentation (sh. Anlage).

Er führt aus, dass am 29.01.2026 eine Sitzung der Arbeitsgruppe Kreisentwicklung stattgefunden hat und dort die inhaltliche Vorstellung und Beratung des textlichen Entwurfs des Kreisentwicklungskonzeptes erfolgt ist (sh. heutiger TOP 8 des Fachausschusses).

Die letzte Sitzung der Steuerungsgruppe Kreisentwicklung fand am 04.02.2026 statt, u.a. wurde über eine Mittelfreigabe aus dem Budget der Kreisentwicklung für die Förderung der Regenwasserzisternen entschieden, vorbehaltlich des Richtlinienbeschlusses im Kreistag. Daneben wurden Sachstände zu den geförderten Projekten „Digital vor Ort“ der KVHS und „Wesermarsch 3D“ der Jade Hochschule vorgetragen.

Der nächste Termin der Steuerungsgruppe ist für den 07.05.2026 im Innovationszentrum in Nordenham vorgesehen.

Der geplante Termin für die Arbeitsgruppe Klimaschutzkonzept im Januar 2026 ist entfallen, ein neuer Termin steht bereits für den 12.03.2026 fest.

Frau Nestler übernimmt zum Thema Inklusion und erläutert ebenfalls anhand der Präsentation. Seit dem letzten Fachausschuss fanden drei Sitzungen der Arbeitsgruppe Inklusion statt.

Frau Nestler berichtet zum geplanten Protesttag am 07. Mai 2026 auf dem Marktplatz in Rodenkirchen. Mit in die Vorbereitungen eingebunden sind der CVJM, das Haus Christa, die Ovelgöner Mühle, die Lebenshilfe und Vertreter der Senioren und Behindertenbeiräte der Kommunen. Ziel ist ein reger Austausch in gemütlicher Atmosphäre unter dem Motto „Essen verbindet - wir sind alle gleich“. Zubereitete Speisen der Träger sollen kostenfrei angeboten werden. Neben dem Speisenangebot ist geplant, einen Marktplatz unterschiedlichster Aussteller zum Thema auszurichten. In den kommenden Sitzungen der AG wird der Termin weiter vorbereitet.

Eine Nachfrage zur Bezeichnung „Protesttag“ beantwortet Herr Mumme dahingehend, dass dies die offizielle Bezeichnung ist – „Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ und regelmäßig am 05. Mai eines Jahres stattfindet. Aktionen zum Thema werden seit Jahren von der Aktion Mensch unterstützt. Lt. Frau Nestler hat man sich hier vor Ort jedoch für die Durchführung am Rande des Wochenmarktes in Rodenkirchen am 07. Mai entschieden, so ist sowohl eine deutlich höhere Sichtbarkeit als auch die gewünschte Barrierefreiheit am Standort gegeben.

Der Bericht der Verwaltung aus den Arbeitsgruppen Kreisentwicklung, Klimaschutz und Inklusion wird zur Kenntnis genommen.

12	Verschiedenes
-----------	---------------

keine Wortmeldungen

Korter
Ausschussvorsitz

Siefken
Landrat

Rennies-Hein
Protokollführung